

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
KARL HONAY

311

Zweite Ausgabe.

Wien, am 5. Oktober 1931.

## Die Finanzlage der Gemeinde Wien.

### Ein Bericht Stadtrat Breitners im städtischen Finanzausschuss.

Im städtischen Finanzausschuss erstattete heute Stadtrat Breitner einen Bericht über die Finanzlage der Gemeinde Wien. Er führte in diesem Berichte unter anderem aus:

Der Voranschlag des Jahres 1931 war auf einer Ausgabensumme von 550,250.000 Schilling aufgebaut; von dieser Summe muss man die Durchführungsposten in der Gesamthöhe von 61,205.000 Schilling, die bloss Ver<sup>als</sup>rechnungscharakter tragen, abziehen. Es verbleiben/tatsächliche Ausgaben 489,000.000 Schilling.

Der Gebarungsabgang war mit 48,334.000 Schilling oder rund 10 Prozent veranschlagt. Es wurde von vorneherein in Aussicht genommen, im Jahre 1931 die Kassenbestände aufzuzehren. An und für sich ist dies natürlich nicht wünschenswert und eine außerordentliche Erschwerung der Gebarung, sollte aber dennoch geschehen, um nicht die Investitionen zu verkürzen und die Arbeitslosigkeit zu vermehren oder schon in diesem Zeitpunkt Kürzungen der Personalausgaben herbeizuführen.

Wenn also im Jahre 1931 keine Aenderung der Abgabenteilung eingetreten wäre und die Steuereingänge gar keine Verminderung erfahren hätten, so würde trotzdem das Jahr 1932 zu schweren Drosselungen der ganzen Ausgabenwirtschaft gezwungen haben, weil die Aufzehrung der Kassenbestände nur ein einziges Mal erfolgen konnte.

Nun hat aber das Jahr 1931 für die Gemeinde die schwersten Einbusen gebracht. Die Aenderung der Abgabenteilung bedeutet für Wien auf Grund des Bundespräliminaries für 1931 einen Verlust von 28,870.000 Schilling. Der Betrag von 7,600.000 Schilling wird durch die Novellierung der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe hereingebracht. Die Zubilligung von 2.000 Wohnungen aus der Bundesaktion bedeutet infolge der gleich hohen Kürzung des Wohnbauprogrammes der Gemeinde für die Baujahre 1931 und 1932 eine Entlastung um je 15,000.000 Schilling. Diese beiden Posten zusammen genommen machen also 22,600.000 Schilling aus und es ergibt sich demnach eine Verminderung der Einnahmen für 1931 und 1932 aus dem Titel der Abgabenteilung um 6,300.000 Schilling. Im Jahre 1933 wird sich die Lage noch wesentlich verschlechtern, weil die Erleichterung von 15,000.000 Schilling beim Wohnhausbau entfällt.

Daneben aber hat die Wirtschaftskrise die aufzuteilenden Steuereingänge an sich vermindert. Es liegt bereits, da der Bund die Abgabentragsanteile vorschussweise verrechnet, das Bild für die ersten zehn Monate vor. Gegenüber dem bereits entsprechend der neuen Abgabenteilung geänderten Präliminare hätte die Gemeinde, wenn das Bundesbudget für 1931 ohne Verschlechterung geblieben wäre, 90,366.000 Schilling überwiesen erhalten müssen. Die tatsächliche Ueberweisung macht aber bloss 75,116.000 Schilling



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 5. Oktober 1931.

aus. Der Fehlbetrag ist demnach 15,220.000 Schilling. Die Steigerung ist eine scharf ansteigende und man muss nach dem Monat Oktober, dessen Fehlbetrag nicht weniger als 2¼ Millionen Schilling für Wien war, mit einem Minus für das ganze Jahr von 22 Millionen Schilling rechnen.

Selbstverständlich hat die Wirtschaftsnot sich in der gleichen Weise, vielfach noch mit Rücksicht auf die Aufwandsbesteuerung in stärkerer Art, bei den Gemeindeabgaben fühlbar gemacht. Die Rückgänge sind mit rund 12,000.000 Schilling für 1931 zu veranschlagen. Für 1932 wird zweifellos der Rückgang ein noch grösserer sein. Der allgemeine Gehalt- und Lohnabbau, der sich in Oesterreich seit dem Zusammenbruch der Credit-Anstalt vollzieht, und die daneben herschreitende Vermehrung der Arbeitslosigkeit, Verstärkung der Kurzarbeit müssen nicht nur die Fürsorgeabgabe sehr stark beeinträchtigen, sondern auch bei der Lustbarkeitsabgabe, Biersteuer, Hauspersonalabgabe etc. zum Ausdruck kommen. Als kleines Beispiel sei erwähnt, dass eine unzweifelhaft im Zusammenhang mit der Krise der Credit-Anstalt erfolgte Verminderung des Hauspersonals Rothschild für die Gemeinde eine Abgabenverminderung von 200.000 Schilling nach sich zieht.

Die wachsende Verarmung bewirkt auf der einen Seite eine Verringerung der Steuern, auf der anderen eine gesteigerte Inanspruchnahme des Fürsorgeapparates der Gemeinde. Es sind gegenwärtig Zuschusskredite zu den Unterhaltsbeiträgen, Pflegegeldern, Aushilfen, unentgeltlichen Arzneien und Beiträgen des Landes Wien zu den Notstandsaushilfen und Altersrenten im Lauf, die zusammen 5,800.000 Schilling ausmachen.

Es ergibt sich demnach zusammengefasst für 1931 ein Fehlbetrag von insgesamt 94,434.000 Schilling. Zunächst bestand die Aufgabe, den Fehlbetrag unter gar keiner Bedingung über die Höhe des realisierbaren Kassenbestandes wachsen zu lassen, da sonst angesichts der bei der heutigen Lage des Finanzmarktes gegebenen Unmöglichkeit der Erlangung einer Anleihe die denkbar schwersten Störungen völlig unvermeidbar gewesen wären. Es mussten deshalb in den einzelnen Gruppen Ausgabenstopps verfügt werden.

Die bisherigen Sparmassnahmen verteilten sich auf die einzelnen Gruppen im Sinne der Gliederung des Budgets in der folgenden Weise:

Gruppe I (Aufwandsgebühren und Remunerationen).....	1,741.000	Schilling
Gruppe II (Empfänge, Subventionen).....	270.000	"
Gruppe III .....	5,514.000	"
Gruppe IV .....	33.000	"
Gruppe V .....	19,110.000	"
Gruppe VI .....	5,662.000	"
Gruppe VII .....	3,131.000	"
Summe .....	35,461.000	Schilling



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

III. Blatt

Wien, am 5. Oktober 1931.

Dazu kommt jetzt noch die Auswirkung der Kürzung der Personalbezüge allgemeiner Natur. Es bleibt aber auch dann noch ein über den Kassabestand hinausgehender Fehlbetrag und es mussten deshalb in den letzten Tagen alle Dienststellen neuerlich angewiesen werden, weitere Sparverfügungen zu treffen.

Die Sparmassnahmen der Gruppe III (Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung) schliessen unter anderem die Stilllegung der Erziehungsanstalten Meidling, Döbling, Weinzierl, der Erholungsstätten Kreuzwiese, des Notspitals Meidling, der Kinderpflegeanstalt Sulzbach-Ischl in sich. Es wurden der geplante Bau von Kindergärten mit einem Aufwand von 300.000 Schilling, weiters eine Tuberkulosefürsorgestelle - Aufwand 50.000 Schilling,

Spielplätze - Aufwand 105.000 Schilling, und drei Schulzahnkliniken - Aufwand 75.000 Schilling gestrichen. Trotzdem wird die Gruppe infolge der notwendigen Zuschusskredite in der Gesamtheit ein Mehrerfordernis aufweisen.

In der Gruppe V (technische Angelegenheiten) wurden bei der Wasserleitung Kürzungen um 6.100.000 Schilling, beim Strassenbau Kürzungen um 7.544.000 Schilling und beim Kanalbau Kürzungen um 2.300.000 Schilling vorgenommen. Die geplante Errichtung von zwei Kinderfreibädern ist unterbleiben.

In der Gruppe VI (Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten) ist unter anderem der Aufwand für die bauliche Umgestaltung der Grossmarkthalle von 2.000.000 Schilling auf 500.000 Schilling vermindert worden. Der geplante Schulbau in Hietzing (erste Bauphase 500.000 Schilling) musste unterbleiben.

Bei der Gruppe VII (allgemeine Verwaltungsangelegenheiten) ist die Verringerung des Standes der Gemeindefeuerwehr von ausschlaggebender Bedeutung und drückt sich in einem Ersparnis von 1.850.000 Schilling gegenüber dem Voranschlag aus.

Für das Budgetjahr 1932 ergibt sich, da keine Kassenbestände mehr zur Aufzehrung zur Verfügung stehen, die Notwendigkeit der Herstellung des vollkommenen Gleichgewichtes zwischen Einnahmen und Ausgaben. Es bedeutet dies in runder Summe den Zwang zu einer Herabsetzung der Ausgaben um 94.000.000 Schilling, das sind 19,3 Prozent des Budgetansatzes vom Jahre 1931.

Die Verhältnisse sind bei der Gemeinde unvergleichlich schwieriger als beim Bund. Durch neue Steuermassnahmen holt sich der Bund von den etwa 300.000.000 Schilling, die er kürzen muss, 93.000.000 Schilling, 80.000.000 Schilling oder etwa 27 Prozent beim Personal und nur den Rest beim Sachaufwand.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
KARL HONAY

IV. Blatt

Wien, am 5. Oktober 1931.

Die allgemeinen Verfügungen der Gemeinde in Bezug auf das Personal werden einen weitaus geringeren Prozentsatz des zu deckenden Fehlbetrages darstellen. Daraus ergibt sich die Nötigung, beim Sachaufwand ganz ausserordentlich tief einschneidende Abstriche zu machen. Die Budgetberatung ist im Gange und es können daher vorläufig nur Stichproben zur Charakteristik gegeben werden. Es wird beispielsweise die Gemeindegewache mit einem Stande von nur 200 Mann präliminiert und die ganze Budgetpost für Empfänger gestrichen worden; dazu kommt der Wegfall aller Investitionen mit Ausnahme des Wohnbaues, über dessen Ausmass erst nach Beendigung der ganzen Budgetaufstellung ein Ueberblick gewonnen werden kann.

Dann führte Stadtrat Breitner beispielsweise <sup>(Einzelheiten)</sup> aus den bisher beratenen Gruppen des Voranschlags für 1932 an, aus denen die tief einschneidende Wirkung der notwendigen Ersparungsmassnahmen entnommen werden kann. So wird der Voranschlag für 1932 beim Wasserversorgungsbetrieb für Erhaltungsarbeiten 1,311.000 Schilling, für Ausgestaltungsarbeiten 2,066.000 Schilling vorgesehen, während die tatsächlichen Ausgaben im Jahre 1930 für Erhaltungsarbeiten 2,499.000 Schilling und für Ausgestaltungsarbeiten 3,360.000 Schilling betragen haben. Im Jahre 1930 wurden für Strassenbau 17,000.000 Schilling aufgewendet, während der Voranschlag für 1932 nur 6,000.000 Schilling vorgesehen wird. Aehnlich sind die Verhältnisse bei der Kanalisation. Im Jahre 1930 wurde für die Erhaltung der Kanäle 2,257.000 Schilling und für den Bau neuer Kanäle 1,279.000 Schilling verwendet; der Voranschlag für 1932 wird für die Erhaltung der Kanäle bloss 1,400.000 Schilling und für den Bau neuer Kanäle bloss 600.000 Schilling vorgesehen.

Zu diesen Ausführungen ergriff Stadtrat Kunschak das Wort und verwies darauf, dass die Massnahmen, wenn sie auch erfolgen müssten, doch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus sehr zu bedauern seien. Es würde dadurch nur die Arbeitslosigkeit insbesondere im Baugewerbe gesteigert und so schon der Keim zu neuen Steuerrückgängen gelegt. Sehr schmerzlich seien auch die Massnahmen, die die Gemeinde auf dem Gebiete des Fürsorgewesens verfüge. Es sollte aber bei diesem Anlass nicht auch die private Fürsorge, die schon seit Jahren sich in schwerster Not befindet, in ihrer Existenz noch weiter dadurch gefährdet werden, dass zum Teil sehr weitgehende Kürzungen der Verpflegskosten vorgenommen werden, zum anderen Teil eine Abziehung der Insassen der Heime erfolge und dadurch die Betriebsmöglichkeiten eine verhängnisvolle Einschränkung erfahren.